BELOGEN WERDEN SIE WOANDERS! Hier gibt's die Wahrheit auf die 12 im **ABO! SEITE 7**

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Der Journalist Ken Jebsen von *apolut.net* im Interview mit DW Seite 7

Foto: Steve Schramm

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 67 ab Samstag, 30. Oktober 2021 bundesweit. Verkaufspreis 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

DER SPORTLER JOSHUA KIMMICH: THOMAS BERTHOLD UND HERMANN PLOPPA GEBEN IHM RECHT: **SEITEN 5 UND 7**

LIEBE LESER! 10.000 NEUE

ZUM ALTEN PREIS!

Abos für den Widerstand!



Doro Neidel, Herstellungsleitung: As-salāmu 'alaikum aus dem Norden Deutschlands in die Welt! Ich bin beim DW für die Verwaltung der Abonnenten und Verteiler sowie alles rund um die Buchhaltung und die Logistik der gedruckten Zeitung verantwortlich. In einer seit über anderthalb Jahren beispiellosen Zeit ist nichts so wichtig geworden wie ein unzensierbares Medium. Was einmal gedruckt ist, lässt sich nicht mehr durch Klicks entfernen.



Casey Koneth, Redaktion: Diese Zeitung verleiht der vierten Gewalt eine Stimme, die in den anderen Medien verstummt ist. Ich war über 20 Jahre für öffentlich-rechtliche und kommerzielle Fernsehsender tätig, habe unter anderem investigativ gearbeitet und soziale Missstände aufgedeckt. Doch seit Corona betreiben die Leitmedien durch ihre tendenziöse »Berichterstattung« zunehmend Propaganda. Demokratie lebt von öffentlicher Auseinandersetzung und braucht kritischen Journalismus. Deswegen bin ich seit 2020 beim DW.



Burak Erbasi, Redaktion: Der DW ist ein Zusammenschluss von echten Machern und verlangt nicht einfach Almosen. Seit seiner Gründung schafft er unzensierbare Tatsachen und hat dem Leser immer etwas zu bieten. Deshalb mein persönliches Angebot: Jeder, der mehr als drei Geschenk-Jahresabos bestellt, kann bei mir ein umfangreiches Online-Coaching zum Thema Bitcoin buchen. Ich mache Sie garantiert Krypto-fit. Anfragen bitte an: ChefVomDienst@demokratischerwiderstand.de.



Werner Köhne, Autor: 1968 war ich 19, damals ein asphaltfressender Hippie. Reicht das? Später promovierte ich in Philosophie, fiel dann unter die Kulturmeute (Radio, Zeitung, Film), was mir nicht gut bekam. Zuletzt traf ich Anselm Lenz, eine Mischung aus Raskolnikow und blondem Rudi Dutschke. Da konnte ich nicht anders und schreibe seit einem Jahr längere Essays und wöchentlich Kolumnen für den Demokratischen Widerstand. Die Zeitung hat frischen Charme und ist erstaunlich professionell gestaltet. Go on, DW!



Hannes Henkelmann, Fotograf: Die Corona-Krise empfinde ich als meine größte Bewährungsprobe als Demokrat und Bürger dieses Landes. Seit April 2020 halte ich nach Talent & Kräften dagegen. Beim DW mit Demofotos und den Alltagsinterviews. Letztere sind Herzenssache und Zeitdokument. Dank an alle bisherigen Interviewpartner, dass sie mir ihre Geschichte erzählt haben und sich von mir fotografieren ließen. Zudem ist es mir natürlich eine Ehre und ein Vergnügen, Teil der DW-Redaktion zu sein. Das ist wirklich ein faszinierender Haufen aus multitalentierten Kreativen und aus unerschrockenen, kettenrauchenden Idealisten.



Markus Fiedler, Redaktion: Ich bin Diplombiologe mit den Fachgebieten Molekulargenetik und Mikrobiologie. Meine Dokumentationen »Die dunkle Seite der Wikipedia« und »Zensur« sind über das investigative Format *wikihausen.de* hinaus einem größeren Publikum bekannt. Für den Demokratischen Widerstand schreibe ich Artikel rund um die Themen Gesundheit, Naturwissenschaften und Medien. Die Zeitung ist die einzige gedruckte Wochenzeitung der unabhängigen Medien. Ohne Bücherverbrennung können Druckerzeugnisse nur schwer zensiert werden.



Nadine Strotmann, Redaktion: »Vergiss Sicherheit. Lebe, wo du fürchtest zu leben. Zerstöre deinen Ruf. Sei berüchtigt.« Dieses Zitat des alten persischen Dichters Rumi weckte vor Monaten meine Aufmerksamkeit. Ich war damals unsicher, ob ich unter meinem echten Namen regierungskritische Texte publizieren soll. Die Zeilen gaben mir Mut. Und eines Tages tat ich es einfach: Ich veröffentlichte meinen ersten Artikel beim Demokratischen Widerstand. Immer, wenn Zweifel in mir aufstiegen, ich unsicher war, ob es richtig ist, sich offen im Widerstand zu befinden, las ich dieses Zitat. Auch wenn sich mein Leben in der Krise komplett verändert hat, bereue ich nicht, aufgestanden zu sein. Ich weiß heute umso mehr: Es war und ist richtig, sich gegen ein menschenfeindliches Regime zur Wehr zu setzen. Und ich weiß es auch, weil ich nicht allein bin. Danke, dass auch Sie da sind. Und Danke für den Demokratischen Widerstand.



Steffi Supé, Korrektorat: Für das Korrekturlesen jeder Ausgabe sind bei mir feste Termine und koffeinhaltige Heißgetränke eingeplant, vielleicht so wie bei Ihnen. Papier hat einfach mehr Klasse als Digitales. Es kann sich nicht plötzlich in Luft auflösen wie eine Internetdatei. Sicherlich staunen Leser, die diese Zeitung zum ersten Mal aufschlagen, wie kritisch und mutig sie ist. Sie dokumentiert die Ereignisse für die Geschichtsschreibung, ist dem Pressekodex verpflichtet und unermüdlich mit Herzblut am Puls der Zeit. Herzliche, gewogene Grüße, wo auch immer Sie uns gerade lesen.



Jill Sandjaja, Bildgestaltung: Am 28. März 2020 stand ich mit Anselm, Hendrik und 20 anderen Demokraten auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz, um das Grundgesetz zu verteidigen. Meine erste Collage im DW war eine Avocado mit Gasmaske. Texte schrieb ich auch. Bis heute berichte ich von dem, was sich uns allen offenbart: die Diktatur der Pharmalobbyisten, der feuchte Traum der Regierungen, the Great Reset. Kein Bock! Diese Welt braucht eine Opposition. Ich brauche die Revolution, die Räterepublik, den Demokratischen Widerstand. Danke, dass Sie, liebe Leser, bei uns sind!



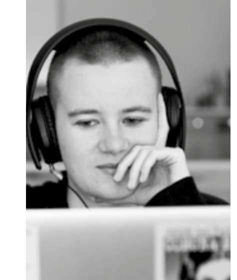
Hermann Ploppa, Redaktion: Ich arbeite seit vielen Jahren als Journalist und Buchautor. Seit der zweiten Ausgabe der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand bin ich als Redakteur für die Bereiche Wirtschaft und Soziales tätig. Zudem beliefere ich alternative online-Medien wie Apolut und Rubikon regelmäßig mit Beiträgen. Der Reiz des Printmediums Demokratischer Widerstand liegt darin, komplexe Sachverhalte kurz und präzise und so verständlich wie möglich rüberzubringen. Lassen Sie uns dieses spannende Experiment ausbauen und optimieren.



Ali Wagner, Audio-Podcast: Ich habe die Ehre, wöchentlich einige Artikel für den Podcast auf der DW-Internetseite einlesen zu dürfen. Ich bin Musiker und Vater von sieben Kindern, die frei und selbstbestimmt aufgewachsen sind. Leider ist seit der »Pandemie« kein Pluralismus mehr vorhanden, eine komplette Gleichschaltung droht. Daher ist die Stimme des Demokratischen Widerstands so ungemein wichtig.



Clark Kent, besser bekannt als Superman, Redaktion: Ich bin der rasende Reporter des DW und berichte über demokratische Projekte, Demonstrationen und Events. In letzter Zeit bin ich für das Helfa-Projekt unterwegs. Wenn es etwas Interessantes gibt, bin ich da. Der DW ist deshalb so wichtig, weil er die andere Seite der Geschichte erzählt, die im Mainstream nicht berichtet wird. Nebenbei: Gedruckte Informationen sind schwieriger zu fälschen als Daten im Netz – Gruß an George Orwell. Wir sehen uns auf der Straße.



Ronja Palmer, Redaktion: Ich bin Studentin und Hobbymusikerin. Beim DW betreue ich das Ressort International und hole Artikel von unseren ausländischen Korrespondenten ein. Ich denke, um in diesem Land zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu kommen, braucht es Widerstand auf allen Ebenen. Auf den Straßen, in den Gerichten, im Privaten und vor allem brauchen wir unabhängige Medien, die sich der Wahrheit und der Aufklärung verschreiben, die Pseudo-Faktenchecker entlarven und ein Sprachrohr der Bevölkerung darstellen. Es macht mich sehr glücklich zu sehen, wie wir Tag für Tag Menschen ermutigen können, laut zu sagen: Es reicht. Schluss mit Zwang, Propaganda und Diskriminierung! Ich stehe für meine Freiheit ein.



Ute Feuerstacke, Layout: Ich layoute den DW, da die Zeitung die einzige unabhängige, kritische, zensurfreie, mutige, bunte, junge, wichtige und dem journalistischen Ethos verbindlich verpflichtete gedruckte Wochenzeitung ist. Schwarz auf weiß und manchmal bunt. In dieser Zeit von Corona-Restriktionen und -Verordnungen und während der blühenden Cancel Culture ist die Zeitung ein unbedingt wichtiges Korrektiv in der Medienlandschaft. Bitte helfen Sie alle mit, sie zu erhalten.

NICHTOHNEUNS.DE

Das widerständige Rotkehlchen

Der Preis der Republik geht an Perin Dinekli

LAUDATIO | Von Casey Koneth



Ihr Markenzeichen: ein rotes Kleid und ein roter Hut. Ihre friedlichen Waffen: ihre Gitarre und ihr Gesang. Die Ärztin für Homöopathie Perin Dinekli tourt seit 2020 durch die Republik, um die Freiheit zu besingen und die Menschen wachzurütteln.

»Wir werden demonstrieren,
so lang es uns gefällt.
Wir glauben an die Freiheit
und eine bessre Welt.
Wir fordern unsre Freiheit
und eine bessre Welt.
Corona bringt zusammen,
trotz Abstandhalten und
wir werden friedlich immer mehr
und halten nicht den Mund
und halten nicht den Mund«,

so der Refrain von »Ein direktes Lied«, das die zierliche Ärztin gegen die staatlichen Corona-Repressionen verfasste und mit dem sie auf entwaffnende musikalische Weise Widerstand leistet. Ob auf Demos, an Straßenecken oder in Fußgängerpassagen: Perin Dinekli erhebt ihre Stimme und singt auch dann noch unbeirrt weiter, wenn es neben ihr handgreiflich wird oder die Polizisten ihr das Mikrofon abschalten. Eine mutige, standhafte Frau, die den Menschen aus voller Kehle Hoffnung schenkt.

Danke, Perin Dinekli, für deine mutige Stimme. Wir stimmen mit ein: »Wir halten nicht den Mund!«

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Perin Dinekli. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier.



Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Lenz *meets* Schlingensief

EINWURF *von Werner Köhne*

»Schlagt ihn tot. Er ist ein Rezensent!« – Aber gemach: Das war vom Dichterfürsten Goethe nur metaphorisch gemeint und kein Aufruf zum Mord.

Ebenso letztlich friedfertig eingefügt in die Mehrdeutung der Realität war André Bretons Forderung, »mit der Pistole in der Hand auf die Straße zu gehen und in die Menge zu schießen«. Das tat von den Surrealisten keiner, wohl aber so mancher wild gewordene Kleinbürger.

Und heute? Metaphern und dadaistische Wortspiele haben es schwer in einer Zeit, in der die Sprache machtzentriert auf geistesfeindliche Eindeutigkeit getrimmt wird. Eine Strategie, die im Coronaszenario zu manchen Verwerfungen führt. Der Herausgeber dieser Zeitung, Anselm Lenz, hatte vor etwa 14 Monaten im Rahmen einer öffentlichen Theateraktion am Amphitheater Mauerpark folgendes *Wanted* zelebriert: »Wer tötet Angela Merkel? Ich setze ein Kopfgeld auf sie aus.« Dafür muss er sich nun ein zweites Mal am 8. November 2021 beim Amtsgericht Tiergarten verantworten.

Lenz verweist auf die Freiheit der Kunst; er habe lediglich Christoph Schlingensief zitiert und dies auch vor und nach dem Zitat deutlich gesagt. Schlingensief hatte eine ähnliche Aktion 1996 mit dem Aufruf »Tötet Helmut Kohl«. Dazu empfahl Schlingensief Millionen von Arbeitslosen, im Wolfgangsee baden zu gehen, auf dass der dort Urlaub machende Kanzler im überschwemmten Gebiet ertrinke.

Dem Zeitbeobachter fällt auf, dass Schlingensiefs *Action Directe* damals auf der Kasseler Documenta noch nicht die dritte Gewalt auf den Plan rief. Der Grund dafür lag im Konsens, dass es sich hier um Kunst handle, wobei der Zeitgeist des *Anything goes* mithalf. Der Fall schlug politisch keine so hohen Wellen wie bei Lenz, dem ersten Gründer der Demokratiebewegungen weltweit, der übrigens auch bepreister Theaterdramaturg war (und ist) – und darob wenig Theater macht.

Schlingensief wurde gar zum »genialen Bilderproduzenten« und »unwiderstehlichen« Ausnahmekünstler erklärt und zu den Wagnerfestspielen nach Bayreuth berufen. Nun jedoch wird von plumpen Kunstverleugnern unter dem schwülen Himmelsdach des Coronaszenarios das Wort wieder wörtlich fixiert – der Tod jeder Kunst und Poesie. Wir wissen: Von da an wird's gefährlich. Solidarität mit Anselm Lenz ist also Bürgerpflicht.

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de

Senden Sie uns die Termine ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

30.10.2021 (jeden Sa)	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke – Sophienstr. 1b	Immunität für Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit
30.10.2021 14-17 Uhr	Berlin, Hellersdorfer Straße 239	Aufzug - Genug ist genug
30.10.2021 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung – Gemeinsam friedlich für Wahrheit und Freiheit
30.10.2021 15-18 Uhr	Dresden, Theaterplatz	Freedom Day
30.10.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte
30.10.2021 14:30-19 Uhr	Frankfurt am Main, Wasserspiele im Günthersburgpark	Freedom Day
30.10.2021 14-17 Uhr	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit durch Eigenverantwortung und Selbstbestimmung
30.10.2021 18-20 Uhr	Greiz, Am Markt	Demo gegen die Coronamaßnahmen
30.10.2021 13:45-16 Uhr	Hannover, Parkplatz an der Hochschule, Ritter-Brüning-Straße	Autokorso für Grundrechte
30.10.2021 14-19 Uhr	Hannover, Platz der Göttinger 7	Demo - Eine Impfentscheidung muss freiwillig sein!
30.10.2021 11-13 Uhr	Henstedt-Ulzburg, Am Bahnbogen / Höhe KFC	Anti-Corona-Schilderkette
30.10.2021 15:30-18 Uhr (jeden 2. Sa)	Kassel, Königsplatz	Demo - Grundrechte sind nicht verhandelbar
30.10.2021 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit Grundgesetz
30.10.2021 13-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (aktuelle Infos auf Telegram)	Autokorso
30.10.2021 13-16 Uhr	München, Lottlisa-Behling-Weg	Autokorso für die Abberufung des Landtages
30.10.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Marienplatz	UlliOma & Friends
30.10.2021 10:30-13:00	Prien am Chiemsee, Am Sportplatz /Bernauer Straße	Schilderaktion Freiheitsallee
30.10.2021 14-19 Uhr	Schwäbisch Hall, Marktplatz	Freedom Day
30.10.2021	Stuttgart, Landtag	Demo für das Ende der Maßnahmen
31.10.2021 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und unsere Grundrechte
1.11.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
1.11.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebensplatz	Abendläuten-Spaziergang für das Grundgesetz
1.11.2021 18:30 -20 Uhr (jeden Mo)	Bottrop, Kirchplatz 1	Spaziergang – Gemeinsam in Liebe gegen Spaltung
1.11.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
1.11.2021 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang für Grundrechte
1.11.2021 18-19 Uhr (jeden Mo)	Dresden, Altmarkt	Montagsdemo – Für Demokratie, Frieden und Freiheit
1.11.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus	Spaziergang für Grundrechte
1.11.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
1.11.2021 18-20 Uhr	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
1.11.2021 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Schloßplatz	Demokratieflashmob
1.11.2021 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte und Beendigung des Lockdowns
1.11.2021 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, Rathaus	Montagsspaziergang zum Kennenlernen und Verschwören
1.11.2021 19-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Heimathaus in der Burgstraße	Spaziergang – Das System muss weg
1.11.2021 18-19:30 Uhr	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
2.11.2021 16:45-18:30 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz, Mittelstreifen Schlossstraße	Schilderaktion
2.11.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
3.11.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Hagen, Eilper Denkmal	Bürgertreff und Spaziergang
3.11.2021 19-20 Uhr	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
3.11.2021 18:00-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen zum Kennenlernen und Pläne schmieden
3.11.2021 19-20:30 Uhr (jede Mi)	Rosenheim, Ichikawa Platz	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
4.11.2021 16-18 Uhr	Berlin, Wilmersdorfer Straße/Gothestraße	Bürgerinitative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
4.11.2021 18-20 Uhr	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
4.11.2021 17:30-19 Uhr	Hanau, Pilgerstraße/Leinpfad	Mahnwache für Grundrechte
4.11.2021 19-19 Uhr	Poing, Markplatz	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
5.11.2021 15-16 Uhr	Erfurt, zwischen MDR und Bundesgartenschau,	Schilderprotest – Hände weg von unseren Kindern
5.11.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Stachus	Open Mic - Demokratie leben
6.11.2021 15-18 Uhr	LEIPZIG, AUGUSTUSPLATZ	DEMOZUG - FRIEDEN, FREIHEIT, SOLIDARITÄT
6.11.2021 13-16 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Kundgebung – Immunität für Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit
6.11.2021 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung – Gemeinsam friedlich für Wahrheit und Freiheit
6.11.2021 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte
6.11.2021 14-17 Uhr	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit durch Eigenverantwortung und Selbstbestimmung
6.11.2021 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Coronamaßnahmen
6.11.2021 13:45-16 Uhr	Hannover, Parkplatz an der Hochschule Hannover, Ritter-Brüning-Straße	Autokorso für Grundrechte
6.11.2021 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit Grundgesetz
6.11.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Münchner Freiheit	UlliOma & Friends
6.11.2021 13-16 Uhr	München, Thereseienwiese	Autokorso
6.11.2021 13-16 Uhr	München, Lottlisa-Behling-Weg	Autokorso – Für die Abberufung des Landtages
6.11.2021 10:30-13 Uhr	Prien am Chiemsee, Am Sportplatz/ Bernauer Straße	Schilderaktion Freiheitsallee
6.11.2021 14-16:30 Uhr	Stuttgart, Landtag	Demo für das Ende der Maßnahmen
7.11.2021 14-16 Uhr	Frankfurt am Main, Opernplatz	Schweigemarsch
7.11.2021 14-16 Uhr	Greiz, Markt/Rathaus	Schweigemarsch
7.11.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und unsere Grundrechte
7.11.2021 13-16 Uhr	München, Zw. Ludwigstr. und Leopoldstr	Stationäre Versammlung - Thema: Zukunft

+++ Neue Termine kurz vor Redaktionsschluss: 30.10, 15:30 Uhr Hamburg, Ernst-Merck-Straße/Kunsthalle, »Das Maß ist voll! Hände weg von unseren Kindern!« +++ 6.11., 13 Uhr, Oldenburg, Waffenplatz, »Kinderrechte wahren!« +++

DER AKTUELLE KALENDER FÜR DIE VERFASSUNGSBEWEGUNG!

Schicken Sie jetzt Ihre Versammlungstermine an die Web-Adresse demokratischer-kalender.de oder die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de*
So stellen wir gemeinsam sicher, dass Menschen deutschlandweit zu den Veranstaltungen und Aktionen für das Grundgesetz kommen können. Niemand muss alleine bleiben, niemand wird zurückgelassen.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

AUF NACH LEIPZIG!

Die Demonstration am 6. November 2021 wird Rückblick und Aufbruch.

Von Hendrik Sodenkamp

Am Jahrestag der Leipziger Großdemonstration versammelt sich die deutsche Demokratiebewegung wieder in Sachsen. Vor einem Jahr waren rund 70.000 Demokraten zusammengekommen und zogen nach dem illegalen polizeilichen Abbruch der Kundgebung über den Innenstadtring und forderten eine Vollendung der friedlichen Revolution von 1989.

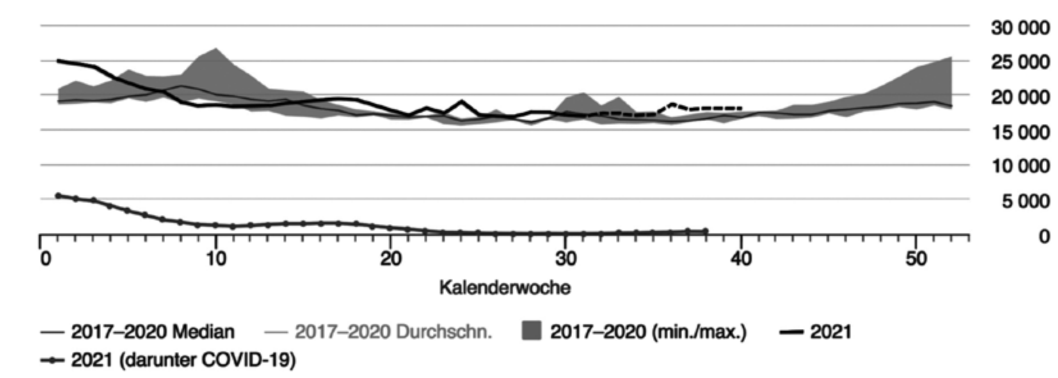
Es geht wieder los. Erneut laden Initiativen aus ganz Deutschland zum kommenden Samstag nach Leipzig ein. Startpunkt des Umzuges ist der Augustusplatz. Um 15 Uhr beginnt ein Umzug über den Ring, begleitet von Trommeln und Popmusik. Unabhängige Beobachter gehen davon aus, dass die Teilnehmerzahl des vergangenen Jahres erreicht oder übertroffen wird. Sollte die Polizei die Versammlung noch verbieten, gibt es ausreichend viele Sehenswürdigkeiten in Leipzig und somit einen Plan B.

Die Demonstration wird mehr sein als ein Rückblick, nämlich vielmehr ein Startpunkt. Von nun an soll an jedem ersten Samstag im Monat nach französischem Vorbild eine Großdemonstration stattfinden. Die nächsten Male da, wo es dem Regime noch mehr wehtut: in Berlin ab dem 4. Dezember 2021. Die Demokratiebewegung ist gekommen, um zu bleiben, und hat für diesen Winter eine Strategie entwickelt.

Deutsche Demokraten schauen in diesen Tagen auf das europäische Ausland. Während in London und Paris jedes Wochenende demonstriert wird und Italien kurz vor einer Revolution steht, ist es in Deutschland seit den beiden großen Augustdemonstrationen stiller geworden. An besseren Zuständen wird es nicht liegen. Wie im vergangenen Jahr wird die Leipziger Demonstration wohl wieder frischen Wind ins Land bringen.

ABONNIEREN SIE FÜR EXKLUSIVE INHALTE UNSERE OFFIZIELLEN KANÄLE!

- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre lag. Es gab demnach eher eine Untersterblichkeit. Ende 2021 zieht die Sterblichkeit mutmaßlich wegen der Impftoten an.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.
Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

Faktenfuchs rät Schwangeren zu gefährlicher Covid-Impfung

Für die Berichterstattung zu medizinischen Produkten gibt es klare Regelungen. Diese gelten anscheinend nicht für den »Faktenfuchs«. | *Von Markus Fiedler*

Der BR-Fake-News-Fuchs lügt, dass sich die Balken biegen.
Collage: DW/Jill Sandjaja

Mit dem Heilmittelwerbegesetz (HWG) will der Gesetzgeber verhindern, dass Verbraucher Schaden erleiden und zu einer für sie gefährlichen Therapie verleitet werden. Darin ist festgelegt, welche Art von Berichterstattung im Zusammenhang mit medizinischen Produkten zulässig ist und welche nicht. »Unzulässig ist eine irreführende Werbung. Eine Irreführung liegt insbesondere dann vor, wenn fälschlich der Eindruck erweckt wird, dass bei bestimmungsgemäßem oder längerem Gebrauch keine schädlichen Wirkungen eintreten«, heißt es dazu in Paragraph 3.

Am 3. Juni 2021 wurde beim *BR24* ein Faktenfuchs-Artikel mit dem Titel »Corona-Impfung führt nicht zu mehr Fehlgeburten« von der Historikerin und Politikwissenschaftlerin Julia Ley veröffentlicht. Sie ist bereits anderweitig durch fachlich unzutreffende Berichte im Gebiet der Biowissenschaften aufgefallen. Wir berichteten in Ausgabe 66. In ihrem aktuellen Artikel schreibt sie unter anderem: »Eine der frühesten Falschbehauptungen rund um die Corona-Impfungen war die, dass die Impfung unfruchtbar mache. Belege dafür gab und gibt es nicht. Zahlreiche Frauen haben nach einer Corona-Impfung gesunde Kinder zur Welt gebracht.«

Der Wissenschafts- und Technologieblog *tkp.at* berichtete am 5. Mai 2021 jedoch etwas ganz anderes: »Pfizer-Dokument bestätigt Fehlgeburten selbst durch Haut-Kontakt mit Geimpften. Hunderte, wenn nicht Tausende von Frauen haben berichtet, dass sie unregelmäßige Blutungen/Gerinnungsstörungen erlitten haben, nachdem sie einen der mRNA-Covid-Impfstoffe erhalten hatten. Dazu kommen Hunderte von anderen Berichten über Fehlgeburten.« Zusätzlich berichteten wir bereits in DW 64 über den Fall der Gynäkologin Dr. Rebecca Leist, die sich auf In-vitro-Befruchtung spezialisiert hat. Sie warnt, dass ihre Quoten von erfolgreichen Schwangerschaften mit In-vitro-Befruchtung bei Geimpften nur noch etwa sieben Prozent betragen würde. Ehemals seien es etwa 32 Prozent gewesen.

FAKTENFUCHS-»FAKTEN« WIDERSPRECHEN DEN ROHDATEN

Im Faktenfuchs-Artikel führt Frau Ley weiter aus: »Eine Auswertung der Beobachtungen aus den USA im ›New England Journal of Medicine‹ hat zudem gezeigt, dass Schwangere im Vergleich zu Nicht-Schwangeren nicht mehr schwerwiegende Impfreaktionen hatten.« Der in diesem Absatz verlinkte Artikel fasst tatsächlich die Ergebnisse so zusammen, wie Frau Ley es hier schreibt. Die Rohdaten des Artikels allerdings stehen im Widerspruch zu den Aussagen der Forscher.

Die auf die USA bezogenen Rohdaten im Artikel »Preliminary Findings of mRNA Covid-19 Vaccine Safety in Pregnant Persons« von der Arbeitsgruppe um Tom T. Shimabukuro lassen den Schluss zu, dass nach einer Corona-Impfung während der ersten 20 Wochen der Schwangerschaft 104 von 127 Frauen ihr ungeborenes Kind durch spontane Schwangerschaftsaborte verloren haben. Das entspricht einem Anteil von 81 Prozent und ist hoch signifikant. Bei vier von fünf Schwangeren führt demnach die Gen-Impfung zu einem ungewollten Schwangerschaftsabbruch.

Julia Leys Behauptungen sind demnach schlicht falsch. Früher konnte man zum Thema Impfungen während der Schwangerschaft viele kritische Beiträge lesen, zum Beispiel folgenden in *Die Hebamme* (Ausgabe 3/2016) aus dem renommierten Thieme-Verlag: »Die Liste der mit Impfungen verbundenen Probleme ist lang. Angesichts der Datenlage muss kritisch hinterfragt werden, ob Schwangeren eine Impfung empfohlen werden kann.« Ausführliche Studien zur Fruchtbarkeit von Covid-Geimpften fehlen zwar noch, allerdings sind ausbleibende Schwangerschaften, wie von der Gynäkologin gemeldet, erste alarmierende Beobachtungen, die man zur Kenntnis nehmen sollte.

FACHFREMDE PROPAGANDISTEN FÜHREN DAS WORT

Es verwundert doch sehr, dass diese Form der kritischen Berichterstattung in Zeiten von Corona nicht mehr vorkommt. Stattdessen werden höchst fragwürdige Artikel von inkompetenten, fachfremden Autoren veröffentlicht. Die Arbeiten dieser Quereinsteiger werden offenbar keiner weiteren Qualitätskontrolle unterzogen und abschließend als »Faktencheck« und damit als besonders hochwertig angepriesen.

Die Autorin Julia Ley preist die Covid-Impfstoffe pauschal als nebenwirkungsfrei bei Schwangeren an. Gegenstimmen lässt sie nicht zu Wort kommen, oder aber diskreditiert diese als »Fehlinformationen«. Sie erweckt den Eindruck, dass bei bestimmungsgemäßem Gebrauch der als Impfungen getarnten Genmanipulationen keine schädlichen Wirkungen eintreten. Insgesamt liegt hier meines Erachtens tatsächlich eine unzulässige irreführende Werbung nach Paragraph 3 HWG vor.

Mit den Unzulänglichkeiten im Artikel habe ich die *BR*-Faktenfuchs-Redaktion am 9. Juli 2021 konfrontiert. Nach einem anfänglichen Schriftwechsel habe ich bis heute weder eine inhaltliche Stellungnahme zu meinen Fragen bekommen noch wurde der Artikel korrigiert.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik sowie Ressortleiter Naturwissenschaft.



DIE WAHRHEIT BEFREIT

KOLLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Michael Schuch

Jesus sagt von sich selbst: »Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben.« (Johannes Evangelium 14,6) Er ist der Grund, warum Christen das Bekenntnis zur Wahrheit hochhalten, auch und gerade in dunklen Zeiten.

Vor 500 Jahren stand Europa unter der Herrschaft eines nahezu perfekten Systems der geistlichen Verführung und mentalen Knechtschaft. Ricarda Huch, die Dichterin und Historikerin, spricht in ihrem Werk »Das Zeitalter der Glaubensspaltung« von den Dogmen: »Eins in das andere greifend, eins über das andere gelagert, stiegen sie auf wie Quader zu einem mächtigen, unumstößlichen Gewölbe.« Als Martin Luther seine 95 Thesen veröffentlichte, brachte er einen Stein ins Rollen, der dieses System gewaltig erschütterte.

Heute glauben wir das dunkle Mittelalter mit Ablassbriefen, Kirchenbann und Scheiterhaufen überwunden zu haben. Und doch sind dieselben Mechanismen unverändert am Wirken. Das jüngste aus Quadern der Lüge und Halbwahrheiten errichtete Gewölbe ist der Corona-Kult. Dieser macht sich vor allem die Angst der Menschen und ihre Unwissenheit zunutze. Obwohl es für keine einzige Corona-Maßnahme einen wissenschaftlich fundierten Wirksamkeitsnachweis gibt, vertrauen viele Konsumenten blind der Hofberichterstattung von *ARD* und *ZDF*. Sie halten sich für gut informiert, obwohl sie sich nie mit den Schriften der Corona-»Ketzer« befasst oder den Beipackzettel einer Impfdosis studiert haben. Damit gleichen sie den Zeitgenossen Luthers, deren Vorstellung von Gott durch das Betrachten gemalter Bibelszenen geprägt war – die aber nie selbst die Bibel gelesen haben.

Mit der Wahrheit im Gepäck dürfen wir aufrecht und furchtlos in die Zukunft gehen. Ganz im Gegensatz zu den üblen Herrschaften, Narzissten und Angstneurotikern aus dem Dunstkreis eines korrupten Regimes, das uns durch Einschüchterung zu knechten versucht. Sie werden damit nicht auf Dauer durchkommen. Sie können ihr böses Spiel nur so lange treiben, wie es ihnen von oben her gestattet ist. In Psalm 2 heißt es: »Der im Himmel thront, lacht, der Herr spottet über sie.«

Der Autor, Jahrgang 1959, ist Vater von drei Kindern und SAP-Berater. Er wohnt im Landkreis Schwäbisch Hall. *(anti.pas@gmx.de)*

MELDUNG

FRÜHERER US-AUSSENMINISTER STIRBT NACH ZWEITER IMPFUNG

Washington/DW. Der frühere US-Außenminister und General Colin Powell starb im Alter von 84 Jahren nach zwei Corona-Impfungen. Nach offizieller Lesart ist er an »Komplikationen im Zusammenhang mit Corona« gestorben. Das sind bemerkenswerte linguistische Pirouetten, nicht sagen zu müssen: Powell ist an den Nebenwirkungen der Impfungen verstorben. Er war im Jahre 2003 mit einer *Power-Point*-Präsentation vor dem Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen in Erscheinung getreten, die beweisen sollte, dass Iraks Diktator Saddam Hussein über extrem gefährliche Massenvernichtungswaffen verfüge. Diese Aussagen erwiesen sich wenig später als grobe Fälschungen. (hep)

SPAHN, DER SCHLAUFUCHS

Der noch amtierende Gesundheitsminister denkt und plant langfristig. Zumindest was seine eigene Karriere angeht. | Von Hermann Ploppa

Na, Gott sei Dank! Längst schon sind wir des nationalen Ausnahmezustandes überdrüssig. Und nun spricht sich ausgerechnet Gesundheitsminister Jens Spahn für eine Beendigung eben dieses Ausnahmezustandes aus. Dieser wurde im März 2020 verkündet und wurde seitdem im Dreimonatstakt immer wieder verlängert. Am 25. November müssten die Abgeordneten nun erneut den Arm heben, um den Ausnahmezustand für weitere drei Monate zu verlängern. Doch Spahn gibt sich ganz entspannt: »Der Ausnahmezustand, vom Bundestag festgestellt, der kann aus meiner Sicht beendet werden, weil vier von fünf Erwachsenen geimpft sind.«

Na, wunderbar. Die Praktiker an der Gesundheitsfront sind begeistert. Gerald Gaß als Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft: »Ich kann den Schritt nachvollziehen und halte das auch für unproblematisch.« »Besser spät als nie«, meint der Chef der Kassenärztlichen Vereinigung Andreas Gassen, der bereits seit einiger Zeit die Wiederherstellung der zivilen Normalität nach dänischem Vorbild einfordert. Wen überrascht es denn eigentlich noch, dass der deutsche Chef-Hysteriker Karl Lauterbach da ganz anderer Meinung ist und auf die wieder rasant ansteigenden Inzidenz-Zahlen bei Corona hinweist? Nun befinden sich allerdings die notorischen Heulbojen des Corona-Fiebers in einer bedenklichen Zwickmühle. Denn wenn man so vehement einen Neuausbruch von Corona ausruft, kann man doch mal ganz höflich anfragen, was die von Lauterbach und seinen Freunden propagierte mRNA-Schutzimpfung denn eigentlich gebracht hat, außer Giga-Profite für Biontech?

So blöd ist Jens Spahn ja nun nicht. Er hat jetzt lediglich die Last der politischen Verantwortung auf untergeordnete Länder und Gemeinden abgewälzt: »Auch ich sage beständig, wie viele andere auch, wir brauchen in Herbst und Winter weiterhin Vorsichtsmaßnahmen, vor allem 3G – geimpft, genesen, getestet – im Innenraum, vor allem medizinische Schutzmasken, AHA-Regeln, in Bus und Bahnen, im Einzelhandel.« Aha! Spahn weiß genau, dass nach dem Willen übergeordneter Kräfte jetzt eine SPD/Grünen/FDP-Koalition vorübergehend den durch die Corona-Kampagne angerichteten Scherbenhaufen verwalten soll. Und darum wird Spahn zukünftig den Posten des Oppositionsführers als Fraktionschef der Unionsfraktion übernehmen. Entspannt kann er auf das unvermeidliche Scheitern der Ampelregierung unter Olaf Scholz warten – um dann als strahlender neuer Bundeskanzler wie Phönix aus der Asche emporzusteigen. Jetzt zeigt er sich als abgeklärter Sonnenkönig, den der ganze Schlamassel rein gar nichts mehr angeht. Später heißt es: Er hat es doch damals, im Herbst 2021, schon alles ganz richtig gemacht. Man sollte den Spahn keinesfalls unterschätzen.

Kimmich hat Recht

Totimpfstoffe wären das kleinere Übel gegenüber den mRNA-Vakzinen. Doch die Biontech-Konkurrenz wird ausgebremst. | Von Hermann Ploppa

Wenn ein Fußball-Nationalspieler und Star beim deutschen Dauermeister Bayern München sich zum Thema Impfung äußert, dann können die gleichgeschalteten Medien nicht einfach darüber hinweggehen. Der 26-jährige Mittelfeldspieler Joshua Kimmich will sich einstweilen nicht impfen lassen. Er will zunächst Klarheit über die langfristigen Nebenwirkungen gewinnen, bevor er seinen Athletenkörper damit konfrontiert.

In der Presse treten jetzt die einschlägig vorbekannten »Experten« wie der Chef der Ständigen Impfkommission Thomas Mertens auf. Sie schlüpfen in die Rolle von Wahrsagern und behaupten ganz unerschüttert, es würden sich keine langfristigen Nebenwirkungen einstellen. Basta. Zu Recht hält Oskar Lafontaine diesem Medizin-Astrologen entgegen: Wenn es keine Nebenwirkungen durch die Biontech-Impfungen gibt, warum hat sich dann Biontech-Vermarkter Pfizer vertraglich gegen alle Regressansprüche wegen möglicher Impfschäden abgesichert? Warum sagte RKI-Chef Wieler, man wisse nicht, wie die Impfungen wirken?

Doch Kimmichs Bedenken gehen noch in eine ganz andere Richtung. Und das tut den Fanatikern der mRNA-Impfstoffe weitaus mehr weh: Der Fußballprofi interessiert sich für die sogenannten Totimpfstoffe. Wir kennen Totimpfstoffe seit unserer Kindheit. Bei Tetanus-Impfungen werden tote Bestandteile von Viren in den Körper geleitet und der Körper schaut sich dann das Virus an. Der Körper weiß dann sofort Bescheid, wenn ein lebendiger Kollege des toten Virus vorbeikommt. Energisch wird der Eindringling abgewehrt. Auch Totimpfstoffe gegen Corona gab es bereits, bevor Biontech mit seinem experimentellen hochriskanten Impfstoff Comirnaty des Weges kam. Die beiden chinesischen Pharmafirmen Sinovac und Sinopharm haben Totimpfstoffe gegen Corona schon lange im Angebot. Während die mRNA-Impfstoffe für arme Länder viel zu teuer sind, haben die Chinesen die Dritte Welt weitgehend nebenwirkungsfrei und äußerst preisgünstig mit den Totimpfstoffen CoronaVac und BBIBP-CorV versorgt. Außerhalb der deutschen Pharma-Blase agierten die Menschen erheblich kreativer im Umgang mit Corona. In Indien wurde zum Beispiel das Arzneimittel Ivermectin erfolgreich oral gegen die Delta-Variante eingesetzt. Was wiederum die Plattform Wikipedia, die zu einem erheblichen Teil von westlichen Pharmakonzernen finanziert wird, nicht wahrhaben will. Wie auch immer.

Wir lassen es mal offen, ob oder inwiefern Ivermectin, Totimpfstoffe oder gar mRNA-Vakzine die Menschen überhaupt vor irgendetwas schützen. Wir können jedoch ganz klar beurteilen, dass die nachweislichen Schäden durch mRNA-Impfstoffe in der Geschichte der Medizin beispiellos sind. Von der Europäischen Datenbank für gemeldete Verdachtsfälle von Arzneimittelnebenwirkungen sind auf unserem Kontinent bislang 16.341 Tote durch mRNA- und Vektorimpfstoffe angezeigt worden. Die Totimpfstoffe richten da deutlich weniger Schaden an. Und die Bundesregierung hat tatsächlich bereits elf Millionen Dosen des Totimpfstoffs des französisch-österreichischen Konzerns Valneva vorbestellt.

DIE REGIERUNG INVESTIERT LIEBER IN MRNA

Also: Warum kann sich Joshua Kimmich in Deutschland nicht mit Totimpfstoffen gegen Corona schützen? Der Grund ist ganz einfach: Die deutsche Bundesregierung hat immense Steuermittel in die noch weitgehend unerprobte mRNA-Technologie gepumpt. Merkel und Co hoffen, dass Deutschland mit mRNA wieder Champion auf der internationalen Bühne wird. Wie dereinst die deutsche Pharmazie mit Robert Koch und Emil von Behring. Das Mainzer Start-up-Unternehmen Biontech bekam von uns Steuerzahlern 375 Millionen Euro geschenkt. Das Tübinger Unternehmen Curevac bekam zudem weitere 300 Millionen. Biontech erhielt sodann im rollierenden Verfahren die Notfallzulassung für den europäischen Markt durch die Aufsichtsbehörde EMA.

Joshua Kimmich lässt sich nicht erpressen. Collage: DW/Jill Sandjaja

Die eigentlich unerlässlichen Tests waren damals noch lange nicht abgeschlossen. Mittlerweile werden die unethischen Feldversuche mit Millionen verunsicherten Bundesbürgern als abschließende dritte Versuchsphase anerkannt. Und die EMA betätigt sich als Wachhund eines faktischen Monopols der deutsch-amerikanischen Impfkooperation von Pfizer und Biontech: »Unabhängig von den klinischen Testresultaten ziehen sich die Zulassungsverfahren offenbar zusehends länger hin. Und dadurch vergrößert sich der Rückstand dieser Firmen [also der noch ausstehenden Impfkandidaten] gegenüber Vorreitern noch weiter.« So beschreibt das Handelsblatt dieses Foul der Europäischen Arzneimittelagentur in die Flanken der zahlreichen Biontech-Konkurrenten. Ein Schelm, wer hier eine Abhängigkeit der EMA vom Merkel-Clan vermutet. Freier Wettbewerb des Marktes? Hier ist wohl eher am Wirken, was Lenin dereinst Staatsmonopolkapitalismus genannt hat: Frau Merkel schützt ihre Brut gegen die attraktive Konkurrenz aus Asien. Und das ungeachtet der Tatsache, dass die WHO die chinesischen Impfstoffe wärmstens empfohlen hat. Und auch beim Genehmigungsverfahren für den voll ausgereiften russischen Vektorimpfstoff Sputnik lässt man sich viel, viel, ja, sehr viel Zeit. Man könnte fast meinen, dass auch hier geopolitische Vorbehalte gegen Produkte aus Russland und China eine gewisse Rolle spielen könnten.

Will Fußball-Ass Joshua Kimmich sich überhaupt noch impfen lassen? Oder vertraut er fest auf die geschlossene deutsche Abwehrmauer im eigenen Vakzin-Elfmeterfeld? Anders gefragt: Setzt Kimmich darauf, dass die Totimpfstoffe sowieso nicht zugelassen werden? Wie sagte einst Fußballkaiser Franz Beckenbauer: »Schau'n wir mal ...«



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.



TOTALER ÜBERWACHUNGSSTAAT ANSTATT FREEDOM DAY

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Die voraussichtlich künftige Regierungskoalition aus SPD, Grüne und FDP hat einen Entwurf vorgelegt, welcher die Grundrechtseinschränkungen auch nach dem Auslaufen der epidemischen Lage am 24. November weiter ermöglichen soll.

Zwar soll der Maßnahmenkatalog des § 28a Abs. 1 IfSG ebenso gestrichen werden wie der Abs. 7, welcher bislang den Ländern die Möglichkeit gibt, unabhängig vom Bund beim Vorliegen einer konkreten Gefahr den umfassenden Corona-Maßnahmenkatalog des § 28a Abs. 1 IfSG auf Länderebene weiterzuführen. Wer jetzt allerdings glaubt, dass die Corona-Maßnahmen damit beendet sind, der irrt.

Die Ampel möchte nunmehr eine Rechtsgrundlage für die Bundesländer schaffen, um für einen Übergangszeitraum bis zum Frühlingsanfang am 20. März »weniger eingriffsintensive Maßnahmen anordnen« zu können. Zu diesen Maßnahmen gehören die Maskenpflicht, die Vorlage eines Impf-, Genesenen- oder Testnachweises in einer Vielzahl von Innenräumen, Hygienekonzepte für diverse Bereiche der Wirtschaft, Abstandsgebote in Innenräumen und digitale Nachverfolgung von Kontaktdaten sowie Auflagen für Schulen und Hochschulen. Der Schlüssel zur Beendigung der Pandemie sei eine möglichst hohe Impfquote, die Ampel hat sich zum Ziel gesetzt, den Impffortschritt deutlich zu beschleunigen.

Was als Ende der Maßnahmen verkauft wird, ist in Wahrheit nur die weitere Gewöhnung der Bevölkerung daran, dass Grundrechte dauerhaft mit einer Salamitaktik eingeschränkt werden können, selbst wenn die dafür ursprünglich vorgebrachte Begründung entfällt. Glaubt irgendjemand noch daran, dass die Maßnahmen am 20. März 2022 dann enden? Ich denke nicht. Die Bevölkerung wurde dann zwei Jahre an einen Zustand der Normalität von Freiheitseinschränkungen gewöhnt. Die offenkundige Akzeptanz hierfür in breiten Teilen der Gesellschaft, was sich auch am Ergebnis der Bundestagswahl zeigt, ist erschreckend.

Anstatt den Ausnahmezustand nach dem Ende der epidemischen Lage – die es nie gab – zu beenden, werden Ausnahmezustand und Freiheitseinschränkungen zur neuen Normalität. Damit wird durch fortwährenden Verfassungsbruch ein totalitärer Hygiene- und Überwachungsstaat in Deutschland etabliert.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

»LA GENTE COME NOI, NON MOLLA MAI!«

»Menschen wie wir unterwerfen sich niemals!«, schallt es durch ganz Europa. Die europäischen Demokratiebewegungen fordern die sofortige Beendigung des Corona-Regimes.



ROM

+++Rom, 23. Oktober 2021. Zentrale Kundgebung der italienischen Demokratiebewegung gegen Segregation, Impfterror, Lügenpropaganda. +++



GENUA

+++ Genua, 23/24. Oktober 2021. Die italienische Demokratiebewegung setzt der Regierung ein Ultimatum: Der Segregationspass und damit Impfzwang und Überwachung haben demnach binnen 48 Stunden zu verschwinden. +++



BERN

+++ Bern, 23. Oktober 2021. Die Schweizer kämpfen gegen G-Segregation, Impfterror, Kinderquälerei und Lügenpropaganda der Konzerne, Nato, Banken und geschmierten Regierungen. »Triest ruft, Bern antwortet.« +++



TOURNAI

+++ Tournai, 25. Oktober 2021. Die belgischen Gelbwesten stehen auf und errichten Blockaden. Der Protest richtet sich gegen die Corona-Schreckensherrschaft sowie die Benzinpreiserhöhung auf 1,80 Euro je Liter Superbenzin und 1,73 für Diesel. +++



TRIEST

+++ Triest, 22. Oktober 2021. Italienische Arbeiter rufen »befreite Zone« aus. Sie werden die Spaltung der Belegschaft nicht umsetzen. +++



PUGET-SUR-ARGENS

+++ Puget-sur-Argens, 26./27. Oktober 2021. Die französische Demokratiebewegung hat ein Benzindepot in der Var eingenommen und hält dieses besetzt. Gelbwesten und »Nuit Debout« fordern die Beendigung des Corona-Regimes und die Normalisierung der Energiepreise für Mittelstand, Arbeiter und Angestellte. +++



PARIS

+++ Paris, 23./24. Oktober 2021. Nächtlicher Hygienespaziergang der französischen Demokratiebewegung. Der Bewegung hat sich nach den Gelbwesten und einigen Gewerkschaften nun auch die soziale Bewegung »Nuit Debout« angeschlossen. Formulierte Ziele sind die Inhaftierung des hochkriminellen Macron- und Bänkster-Regimes in Frankreich, die Beendigung des Corona-Regimes sowie die Erneuerung der französischen Republik von unten. +++

DW ist in einer Umbauphase, um demnächst noch größer herauszukommen. Bitte unterstützen Sie MASSIV die laufende DW-Kampagne dieser Zeitung durch teilen im Netz und Mundpropaganda. Danke!
demokratischerwiderstand.de

Die Schweiz im Aubfbruch

DW-INTERVIEW mit Nicolas A. Rimoldi und Viola Rossi, Co-Präsidium von MASS-VOLL!, der Schweizer Jugendbewegung für eine verhältnismäßige, friedliche und zukunftsorientierte Corona-Politik.

DW: Wie ist die Stimmung gerade in der Schweiz?
Nicolas A. Rimoldi: Sehr optimistisch. Man kann sagen, die Bevölkerung hat wirklich das Maß voll. Da ist ein großer Wille, die Zukunft neu und besser zu gestalten, und das ist auch der Tenor bei den leitenden Organisatoren im Widerstand. Wir von MASS-VOLL! sind kein Trauerverein, im Gegenteil, wir sind in Aufbruchstimmung.

Wie verlaufen die von Ihnen organisierten Demonstrationen?
Rimoldi: In der Schweiz werden landesweit circa zwei bis drei Demonstrationen pro Woche veranstaltet und wir freuen uns sehr zu sehen, wie die Teilnehmerzahlen von Mal zu Mal steigen. Bei unserer Demo in Bern am 8. September haben sich etwa 20.000 Menschen vor dem Schweizer Bundeshaus versammelt. In großer Mehrheit verlaufen die Demos sehr friedlich. Das ist auch das, wofür MASS-VOLL! steht. Gewaltszenen wie am 23. September, als die Kantonspolizei mit Gummischrot und Wasserwerfern auf die Demonstranten schoss, sind zum Glück eine Ausnahme.

Viola Rossi: Es geht meist entspannt und fröhlich zu, es wird viel getanzt und gesungen. Viele Menschen bringen selbst Instrumente und andere kommen mit Musikboxen und Mischpulten und veranstalten Straßen-*Raves*.

Ist diese Dimension von Bürgerbewegung schon historisch?
Rimoldi: Absolut. Wir erleben momentan das Entstehen einer besseren Schweiz. Alleine unsere Initiative MASS-VOLL!, die gerade einmal sechs Monate zählt, ist bereits stärker als jede Schweizer Jungpartei. Was hier passiert, ist einmalig in der Geschichte unseres Landes. Ich habe selbst einmal Geschichte studiert und kann sagen: Das gab es effektiv noch nie. Anwälte, Bauern, Polizisten, alle Hautfarben, alle Religionen, alle Bevölkerungs- und Berufsschichten sind hier vertreten. Man kann wirklich sagen: Eine große bunte Revolution ist im Gange.

Was sind Ihre Forderungen?
Rimoldi: Unsere Hauptforderung lautet: Nein zur Diskriminierung. Man darf Menschen ohne Covid-Test nicht vom gesellschaftlichen Leben ausschließen. Grundrechte müssen bedingungslos gelten, denn wenn sie erst verifiziert werden müssen, dann sind sie keine Grundrechte mehr.

Rossi: Wir wollen zurück zur Freiheit und zurück zur direkten Demokratie, die in unserem Land so hochgeschrieben wird. Wir fordern die bedingungslose Wiederherstellung unserer Grundrechte. Dafür stehen wir jeden Tag ein.

Was ist Ihre Prognose zur zweiten Volksabstimmung über das Covid-19-Gesetz am 28. November?
Rimoldi: Am 13. Juni hatten wir entgegen allen Erwartungen aus den Medien und Parteien 40 Prozent der Stimmbevölkerung hinter uns. Und das, obwohl vonseiten der Politik alle Register gezogen wurden, um diese Abstimmung zu gewinnen. Es wurde massiv gelogen und gedroht, mit dem Ende des Covid-19-Gesetzes würden alle wirtschaftlichen Entschädigungen wegfallen. Und trotzdem haben ganze acht Kantone, im Prinzip die ganze Urschweiz, Nein gesagt. Für diesen zweiten Volksentscheid fehlen uns noch 10 Prozent mehr. Und jetzt kämpft zum Beispiel auch die Schweizerische Volkspartei (SVP) gegen das Gesetz. Und wir haben viele Studenten auf unserer Seite. Man kann sagen,



Nicolas A. Rimoldi auf einer MASS-VOLL! Demonstration. *Foto: Dennis Waser*

die Kräfte sind massiv gebündelt. Alle marschieren jetzt für dieses Ziel.

Rossi: Wir sind sehr optimistisch, vor allem angesichts der vielen jungen Menschen, die sich tagtäglich aktiv engagieren, auf die Straße gehen, Flyer verteilen, Plakate aufstellen und zu den Restaurants gehen und die Menschen darüber informieren, dass die Covid-Zertifikatsausweisung klar rechtswidrig ist.

Wie bewerten Sie die aktuelle Lage in Europa?
Ich sehe, dass sich große Teile Europas gerade auf dem Weg der Gefälligkeit befinden. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass, wenn wir in der Schweiz im November per Volksentscheid dieses Regime stürzen, europaweit ein Flächenbrand der Freiheit entsteht und die Schweiz wieder zu dem wird, wofür sie bewundert wird: ein Land der Demokratie und der Freiheit.

Die Fragen stellte Ronja Palmer.

»Wir brauchen diese Zeitung, *weil* sie auf Papier gedruckt wird!«

Der legendäre Journalist und Aufklärer ***Ken Jebsen*** *(apolut.net) über Italien, die Aussichten der deutschen Demokratiebewegung und die Notwendigkeit der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand.* | Interview von Anselm Lenz

Zielgruppe: »Der Mensch«. *Ken Jebsen gilt als erfolgreichster Journalist der Nachwendezeit.* Foto: DW/Schramm

DW: Herr Jebsen! Italien, Frankreich, Schweiz: Was ist dort auf den Straßen los?
Ken Jebsen: Das kann ich als Medienprofi nicht mehr eindeutig beantworten. Was wirklich in einem Land und seinen Millionen Straßen passiert, lässt sich nur individuell beantworten. Wir haben das doch auch in Deutschland erlebt. Während in Berlin Großdemos mit Hunderttausenden zu erleben waren, war es in München, Hamburg oder Saarbrücken so ruhig wie an einem Sonntag während der Ölkrise.

Und was erfuhren die Menschen in diesen ruhigen Gegenden über die Massen in Berlin? Wenig. Und wenn, wurde mit gefälschten Zahlen operiert. Was ich sagen möchte: Ich bin sicher, dass überall auf der Welt Menschen in Massen gegen die Corona-Einschränkungen demonstrieren. Die Zensurmaschinen, genannt Massenmedien, sorgen nur überall dafür, dass die Proteste möglichst unsichtbar gemacht werden.

Dänemark, Polen, 33 US-Bundesstaaten haben kein Corona-Regime. Warum?
Die USA sind für mich ein leuchtendes Beispiel einer zumindest in Ansätzen gelebten Demokratie, da hier innerhalb eines Landes beide Extreme möglich sind: Es gibt 33 Staaten, die sich gegen eine Corona-Diktatur entschieden haben, der Rest hat sich der Pharma-Mafia unterworfen. Fakt aber ist, dass beide Seiten sich respektieren. Das ist Demokratie. Mit einer völlig anderen Meinung des Nachbarn leben, ohne ihn permanent zu bekämpfen oder zu diffamieren. Deutschland ist von dieser Toleranz Lichtjahre entfernt. Trotz der Deutschen Geschichte. Das ist erschreckend und hat mich veranlasst, das Land zu verlassen. Ich arbeite seit Monaten vom Exil aus. Mein Ziel ist, dass das Grundgesetz in der BRD wieder uneingeschränkt gilt. Ein langer Weg, denn der Staat wird nur unter Zwang auf die Macht verzichten, die er sich zu Unrecht angeeignet hat. Wir müssen als Masse auf die Straße oder wir kommen als Gesellschaft unter die Räder.

Leben wir in einer Tyrannei?
»Mutter, wann habt ihr nach 1933 gemerkt, dass ihr in einer Diktatur gelandet wart?« – »Mein Sohn, gemerkt hat man es nur, wenn man dagegen war.« Diese kurze Unterhaltung zwischen Uli Gellermann und seiner Mutter trifft den Nagel auf den Kopf.

Auch heute lebt nur der in der BRD in einer Tyrannei, der sich gegen die Politik des Corona-Regimes positioniert. Wer dagegen bei allem Ja und Amen sagt und jede weitere Grundrechtseinschränkung abnickt, für den ist die Welt in vollkommener Ordnung. Er hat sich – wie schon unsere Großeltern – aus der persönlichen Verantwortung genommen und ist in den verordneten ideologischen Gleichschritt verfallen. Für ihn ist jetzt der Staat für alles verantwortlich und damit Schuld, wenn die Sache schiefläuft. Diese Methode, sich aus der persönlichen Verantwortung zu stehlen, ist grob fahrlässig, denn mit ihr wird verweigert, aus der Geschichte zu lernen.

Keine Diktatur ist das Werk eines Einzeltäters. Es bedarf vor allem einer Masse, die durch Feigheit glänzt, um eine Tyrannei zu errichten. Damit das Böse gewinnt, reicht es, dass die Guten nichts tun. Wer aktuell nichts tut und alles abnickt, was die von der Pharma-Lobby gekidnappte Notstandsregierung befiehlt, ist ein klassischer Mitläufer und damit Mittäter. Er ist verantwortlich, ob er will oder nicht, und er wird am Ende des Tages sein Mittun vor seinem Gewissen rechtfertigen müssen.

Sollte es zu einem Nürnberg 2 kommen – und das würde ich mir wünschen – werden wir sehen, wie sich Millionen Menschen mal wieder mit einem Satz versuchen werden, aus der Verantwortung zu stehlen: »Das haben wir doch alles nicht gewusst.«

Dieser Satz ist eine Lüge. Das Netz ist voll von Informationen, die beweisen können, dass unsere Regierung lügt, dass sich die Balken biegen, nur um uns Grundrechte dauerhaft vorzuenthalten und eine Gesundheitsdiktatur zu rechtfertigen. Wer wissen will, kann wissen. Er wird sich die Frage stellen lassen müssen: »Warum warst du so feige und hast zu keiner Zeit deine Stimme für die Freiheit, die Wahrheit und die Menschlichkeit erhoben?«

Was können wir tun?
Was WIR tun können, weiß ich nicht. Ich weiß, was jeder Einzelne von uns tun kann. Er kann sich fragen, wo er steht. Was er tatsächlich für die Demokratie getan hat und tut und warum er sich mit seiner tatsächlichen Meinung immer dann zurückhält, wenn er von Mitläufern umgeben ist. Vor was hat er Angst und wie kann er diese Angst überwinden? Sich diese Fragen zu stellen, ist ein Anfang. Dann sollten wir uns zu noch mehr Gruppen zusammenschließen, um der Tyrannei zu trotzen. Helfen wir uns gegenseitig. Demokratie ist Teamarbeit.

Wir alle, die wir das erkannt haben, können diesen trüben Zeiten Positives abgewinnen. Wir leben in einer Zeit des Erwachens. Man muss nur bereit sein, die politische Komfortzone zu verlassen, und sich auf unbekanntes Terrain begeben. Dieses Terrain hat mit der Erfahrung zu tun, sich angreifbar zu machen, indem man eine vom *Mainstream* abweichende Meinung öffentlich äußert. Der Kaiser ist nackt, oder anders, die Pandemie wurde politisch beschlossen und war zu keiner Zeit durch Daten zu rechtfertigen. Die Politik hat den Bürger von Anfang an belogen und betrogen und es wird Zeit, diese Wahrheit auf allen Plätzen der Republik in maximaler Lautstärke zu verkünden. Denn wir haben es mit einem Putsch gegen die Demokratie durch die Pharma-Mafia zu tun. Es geht um unsere Daten, denn die Macht der Banken soll auf die Macht der Datenbanken übergehen. Weltweit. Mit der Einführung einer ID2020 wird man sukzessive das Bargeld abschaffen. Dann befinden wir uns in einer smarten Diktatur. Wir alle werden dann rund um die Uhr von gesichtslosen Megakonzernen gegängelt werden. Der Traum des Klaus Schwab wird sich anfühlen wie eine Mischung aus *Gattaca* und *Minority Report*. Orwell wäre entsetzt, wie weit das System bereits gekommen ist, wie naiv die Meisten von uns immer noch sind.

Zum Schluss: Wie geht es Ihnen?
Wieder besser. Der Transfer von *KenFM.de* zu *apolut.net* ist geglückt! Das Portal baut sein Programm noch in diesem Jahr mit einem neuen Format aus und publiziert schon heute frei von Zensur durch Silicon Valley auf eigenen Servern. Unterstützt *apolut.net*, indem ihr die alten Daueraufträge von *KenFM* auf *apolut* umschreibt! Es ist eine Investition in das, was wir dringender denn je brauchen. Meinungsvielfalt und einen breiten Debattenraum. Wer sich der Propaganda der Massenmedien erwehren will, muss handeln. Er kommt nicht umhin, unabhängige Medien auch finanziell zu unterstützen. Das gilt natürlich auch für den *Demokratischen Widerstand.* Es ist extrem wichtig, dass eine publizistisch unabhängige Stimme immer auch in Papierform auf der Straße zu bekommen ist. Print kann Druck machen, wo das Netz längst zensiert wird. Ein Land ohne wirkliche unabhängige Zeitungen ist ein Land, dass über kurz oder lang an seinen eigenen Lügen erstickt. Wir brauchen den Demokratischen Widerstand, vor allem, *weil* er auf Papier gedruckt wird.

Wir danken für das Gespräch.



SPORT MIT BERTHOLD

KLUGER KIMMICH WEHRT SICH

Joshua Kimmich ist in aller Munde, weil er völlig zu Recht die Langzeitfolgen der sogenannten Impfungen abwarten wolle. Die Medienmeute stellt ihm fanatisch nach, will ihn dazu nötigen, sich die riskante Spritze in den Körper jagen zu lassen.

Es ist schon erschreckend, wie ein junger Sportler wie Joshua Kimmich sich für seine Haltung rechtfertigen muss. Ich kann auch den Begriff Solidaritätsgemeinschaft in dem Zusammenhang nicht mehr hören. Denn was macht diese behauptete Solidaritätsgemeinschaft für die an den »Impfungen« Gestorbenen oder mit dauerhaften Nebenwirkungen geschädigten Menschen? Nichts!

Die eigene Gesundheit, der eigene Körper, die eigene Entscheidung über sich sind nicht verhandelbar! Das sollten die für das ganze Desaster verantwortlichen Politiker endlich mal verstehen.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag

JEDEN SAMSTAG DEN WIDERSTAND IM KASTEN!

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. 2021 und 2022 wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben.

Immer! 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

SO GEHT ES:

1. **Ein Jahresabonnement abschließen auf unseren Seiten demokratischerwiderstand.de**

oder

2. **Ein Quartalsabo abschließen auf unseren Seiten demokratischerwiderstand.de**

oder

3. **Fünf Ausgaben per Postbestellung.**

DW-Magazin erschienen

DIE JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG



Die größte Bewegung der deutschen Geschichte von März 2020 bis März 2021, u. a. mit Originalbeiträgen von Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Giorgio Agamben, Casey Koneth, Batseba N'Diaye, Nicolas Riedl, Anselm Lenz und dem Besten der DW-Fotografen. Gestaltung: Jill Sandjaja. Ein Vollfarb-Heft mit 148 Seiten, das nicht zur Selbstzufriedenheit aufruft, sondern den Aufbruch in unsere demokratische Zukunft einleitet.

DAS DW-JAHRESMAGAZIN IST ZU BESTELLEN AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 10,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ______________________

TELEFON + E-MAIL ______________________

STRASSE, HAUSNUMMER ______________________

POSTLEITZAHL UND ORT ______________________

K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16
10211 Berlin

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

samte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

»WER EINMAL MIT DEM NOTSTAND SPIELT, UM DIE FREIHEIT EINZUSCHRÄNKEN, WIRD MEINE FREUNDE UND MICH AUF DEN BARRIKADEN ZUR VERTEIDIGUNG DER DEMOKRATIE FINDEN, UND DIES IST GANZ WÖRTLICH GEMEINT.«
WILLY BRANDT

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 67. Ausgabe ab Samstag, 30. Oktober 2021. | Redaktionsschluss war am 28. Oktober, 11:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Ronja Palmer, Burak Erbasi **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Ressort International:** Ronja Palmer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer, Gerda Thiele. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 68 erscheint am 6. November 2021.